Ernährungssicherheit: Kommission ergreift Maßnahmen, um Düngemittel in der EU und weltweit verfügbar und erschwinglich zu halten

Brüssel, 9. November 2022

Düngemittel spielen eine wichtige Rolle für die Ernährungssicherheit. Dabei hat Erdgas großen Einfluss auf die Herstellung und die Kosten. Als Folge der russischen Invasion in der Ukraine erleben wir nun eine globale Krise im Bereich der mineralischen Düngemittel und der Energie, die die Ernährungssicherheit gefährdet und die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission heute eine Mitteilung zur Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln vorgelegt. Die heute vorgelegte Mitteilung enthält eine breite Palette von Maßnahmen und Leitlinien, wie die Herausforderungen bewältigt werden können, vor denen Landwirtinnen und Landwirte sowie die Industrie in der EU und in Entwicklungsländern stehen. Dabei wird im Einklang mit der im März 2022 verabschiedeten Mitteilung über die Gewährleistung der Ernährungssicherheit, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch" und REPowerEU auch auf die Notwendigkeit eingegangen, die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit unseres Lebensmittelsystems mittel- und langfristig zu stärken.

Maßnahmen zur Erhaltung einer nachhaltigen Düngemittelproduktion in der EU und zur Verringerung von Abhängigkeiten

In der Mitteilung werden mehrere bewährte Verfahren und Wege dargelegt, wie **Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützt werden können, ihren Düngemitteleinsatz zu optimieren, Abhängigkeiten zu verringern und dabei gleichzeitig Erträge zu sichern**:

- **Kritischer Sektor**: Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit der Mitteilung der Kommission „Gaseinsparungen für den Winter" in ihren nationalen Notfallplänen im Falle einer Gasrationierung Düngemittelherstellern vorrangig ständigen und ununterbrochenen Zugang zu Erdgas gewähren.
- **Gezielte finanzielle Unterstützung**: Im Rahmen des geänderten befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen können die Mitgliedstaaten Landwirten und Düngemittelherstellern gesonderte Unterstützung gewähren. Mittel, die durch Maßnahmen wie die Obergrenze für die Markterlöse bestimmter Stromerzeuger und den Solidaritätsbeitrag generiert werden, können unter Einhaltung der geltenden Bedingungen ebenfalls für nationale Unterstützungsregelungen eingesetzt werden. Darüber hinaus wird die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten prüfen, ob die Agrarreserve in Höhe von 450 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2023 von Landwirtinnen und Landwirten in Anspruch genommen werden darf, die von hohen Betriebsmittelkosten betroffen sind.
- **Verbesserte Markttransparenz**: Die Kommission wird 2023 eine Marktbeobachtungsstelle für Düngemittel einrichten, um Daten über Produktion, Nutzung, Preise und Handel auszutauschen.
- **Nachhaltige landwirtschaftliche Verfahren und Schulungen**: Die Kommission wird mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die betreffenden Maßnahmen wie Pläne zur Nährstoffbewirtschaftung, die Verbesserung der Bodengesundheit, Präzisionslandwirtschaft, ökologischer Landbau und die Nutzung von Leguminosen in Fruchtfolgeregelungen flächendeckend von den Landwirtinnen und Landwirten umgesetzt werden. Sie wird die Mitgliedstaaten zudem auffordern, bei künftigen Überarbeitungen ihrer GAP-Strategiepläne solche Interventionen noch stärker zu priorisieren und ambitionierter zu gestalten.
- **Mehr organische Düngemittel**: Die Substitution mineralischer Düngemittel durch organische Düngemittel, wann immer dies möglich ist, wird die Abhängigkeit der EU von Gas sowie den CO_2-Fußabdruck des Sektors verringern. Die Düngeprodukteverordnung gewährleistet bereits einen besseren Marktzugang zu Düngemitteln aus verwerteten Abfällen und zu grünen und kreislauforientierten Alternativen zu Erdgas. Im Rahmen von Horizont Europa wurden außerdem 180 Mio. EUR in Projekte zur Optimierung der Nährstoffbilanz sowie in Projekte für alternative Düngeprodukte und naturbasierte Lösungen für das Nährstoffmanagement

investiert. Die Kommission wird 2023 auch einen **Aktionsplan für integriertes Nährstoffmanagement** annehmen, um einen effizienteren Einsatz von Nährstoffen zu fördern. Dabei wird die jeweilige Ausgangslage in den Mitgliedstaaten ebenso berücksichtigt wie der Null-Schadstoff-Aktionsplan.

- **Umstieg auf grünerer Düngemittel**: Die Kommission wird die Mitgliedstaaten ermutigen, Investitionen in erneuerbaren Wasserstoff und Biomethan für die Ammoniakherstellung zu unterstützen.
- **Diversifizierung des Handels**: Die Kommission hat sich an alternative Düngemittellieferanten gewandt, um Ersatz für Liefermengen zu finden, die bislang aus Russland und Belarus kamen. Im Juli 2022 schlug die Kommission zudem vor, die Zölle für Ammoniak und Harnstoff auszusetzen, die zur Herstellung von Stickstoffdünger benötigt werden.

Maßnahmen zur Unterstützung gefährdeter Länder und zur Verbesserung der globalen Ernährungssicherheit

Landwirtinnen und Landwirte weltweit und insbesondere in ärmeren Ländern bekommen die Auswirkungen des angespannten Düngemittelmarkts unmittelbar zu spüren. Auf internationaler Ebene wird sich die Kommission weiter bemühen, die globale Ernährungssicherheit zu verbessern, und zwar durch

- Fortführung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen eines **„Team Europe"-Ansatzes**, um zu den vier Bereichen der Reaktion des Team Europe auf die weltweite Ernährungsunsicherheit (Solidarität, Erzeugung, Handel und Multilateralismus) beizutragen;
- **Zusammenarbeit mit ausgewählten EU-Partnerländern**, etwa im Rahmen der **Global Fertilizers Challenge**, um ihre Abhängigkeit und ihren Verbrauch von eingeführten mineralischen Düngemitteln zu verringern, und zwar durch verbesserte Nährstoffbewirtschaftung, effizientere Düngemittel und alternative landwirtschaftliche Verfahren, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf landwirtschaftlichen Beratungsdiensten liegt;
- **Verbesserung der weltweiten Markttransparenz** bei Düngemitteln durch einen Beitrag zu einschlägigen internationalen Initiativen im Bereich Düngemittel, insbesondere zum Agrarmarkt-Informationssystem (AMIS) der G20;
- **verstärkte Unterstützung zur Deckung des Zahlungsbilanzbedarfs**, unter anderem durch den IWF-Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum, und engere Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen des Global Gateway, um innovative und nachhaltige Investitionen voranzubringen;
- Anstöße für Gespräche über mehr Transparenz, einschließlich der **Vermeidung von Ausfuhrbeschränkungen für den Handel mit Düngemitteln in der WTO**, mit dem Ziel, die Verpflichtungen aus der Erklärung zum Thema Ernährungsunsicherheit zu erfüllen, auf die man sich bei der letzten Ministerkonferenz verständigt hat;
- weitere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, um sicherzustellen, dass der **weltweite Handel mit Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen**, einschließlich Düngemitteln, reibungslos läuft;
- **weitere Stärkung der humanitären Hilfe der EU im Ernährungsbereich**, die sich 2022 bislang bereits auf mehr als 900 Mio. EUR beläuft. Das sind rund 55 Prozent mehr als im vergangenen Jahr und fast 80 Prozent mehr als 2020.

Abgesehen von der Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Nutzung von Düngemitteln wird die EU auch weiterhin die grundlegenden Ursachen von Hunger bekämpfen, einschließlich Konflikten und problematischer Sicherheitslagen, Klimawandel und wirtschaftlicher Schocks. Die EU wird mit ihren internationalen Partnern und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Ausweitung der lokalen Produktionskapazitäten und die Schaffung von Lebensmittelsystemen zu fördern, die auch in den schwierigsten Situationen nachhaltig und krisenfest sind. Indem sie dieses Ziel verfolgt, wird die EU den Weg für innovative Ansätze ebenen, durch die eine integrierte Bewirtschaftung zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit gefördert werden kann. Hierzu wendet sie unterschiedlichste standortspezifische Lösungen für die Bodenfruchtbarkeit an, die zu nachhaltigen Ertragssteigerungen führen.

Hintergrund

Russlands ungerechtfertigter Angriff auf die Ukraine hat die infolge der COVID-19-Pandemie bereits schwierige Lage auf dem Düngemittelmarkt weiter verschärft. Zur Herstellung von Stickstoffdünger wird Erdgas benötigt. Der enorme Anstieg der Gaspreise hat dazu geführt, dass Düngemittel im September 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 149 % teurer waren. In der Folge haben

Landwirtinnen und Landwirte weniger Düngemittel gekauft bzw. die Käufe verschoben. Das könnte zu geringeren Erträgen bei der Ernte im nächsten Jahr führen, was letztlich höhere Lebensmittelpreise nach sich ziehen würde – mit möglicherweise verheerenden Folgen für die Ernährungssicherheit, insbesondere in ärmeren Regionen der Welt, die stark von der Einfuhr solcher Produkte abhängig sind und in denen die Ernährungssicherheit bereits stark gefährdet ist.

Hohe und volatile Düngemittelpreise stellen eine Herausforderung für die Landwirte in der EU dar. Düngemittelkäufe machen durchschnittlich rund 6 % der Betriebsmittelkosten aus, bei Ackerbauern sind es bis zu 12 %. Ziel der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch" ist es, die Nährstoffverluste bis 2030 um 50 % zu verringern und gleichzeitig die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Effizienzgewinne in der EU führen nicht nur zu deutlichen wirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen, sondern werden auch die angespannte Lage auf dem Weltmarkt verringern.

Weitere Informationen

Mitteilung zur Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln

Fragen und Antworten zur Mitteilung

Factsheet zur Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln

Der Düngemittelmarkt in der EU

Sicherstellung des Lebensmittelangebots und der Ernährungssicherheit weltweit

IP/22/6564

Quotes:

Dass Russland Gas als Waffe einsetzt, wirkt sich negativ auf den globalen Düngemittelmarkt aus, was wiederum Folgen für die Landwirtinnen und Landwirte hat und damit die Ernährungssicherheit weltweit gefährdet. Die Kommission ergreift Maßnahmen, um den Druck auf die Landwirtinnen und Landwirte innerhalb wie auch außerhalb der EU zu verringern. Für eine nachhaltige Zukunft geht es vor allem darum, die Effizienz zu steigern und nach Alternativen zu suchen. Dadurch lässt sich auch die angespannte Situation bei der Düngemittelversorgung weltweit abmildern. Außerdem sollten wir die Gelegenheit nutzen, die Herstellung von grünem, also aus erneuerbaren Energien erzeugtem Ammoniak auszuweiten. Je effizienter wir sind und je schneller wir auf Alternativen für mineralische Düngemittel umstellen, desto weniger hängen wir von fossilen Brennstoffen ab und desto krisenfester wird unser Lebensmittelsystem.
Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal - 09/11/2022

Unsere Lebensmittelversorgungskette hat beispiellose Erschütterungen und Schwierigkeiten durch die COVID-19-Pandemie und Russlands brutalen Krieg in der Ukraine überstanden. Die hohen Düngemittelpreise und die geringere Erzeugung in der EU stellen nun weitere Herausforderungen dar, die es zu bewältigen gilt. Die steigende Inflation bei den Lebensmittelpreisen wird für viele Bürgerinnen und Bürger ebenfalls zu einem drängenden Problem. Angesichts dieser Situation dürfen wir nicht untätig bleiben. Eine rentable Düngemittelproduktion in der EU ist eine Grundvoraussetzung für unsere strategische Autonomie und unseren kontinuierlichen Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherheit. Wenn wir einen großen Teil unserer Düngemittel innerhalb der EU herstellen, wird auch sichergestellt, dass die weltweit höchsten Umweltstandards eingehalten werden, und es wird ein Beitrag geleistet, um die Spannungen auf den Weltmärkten abzumildern.
Janusz Wojciechowski, Kommissar für Landwirtschaft - 09/11/2022

Kontakt für die Medien:

Miriam GARCIA FERRER (+32 2 299 90 75)
Thérèse LEREBOURS (+32 2 296 33 03)

Kontakt für die Öffentlichkeit: Europe Direct – telefonisch unter 00 800 67 89 10 11 oder per E-Mail

Related documents

Factsheet Fertilisers.pdf